



Bundesverband deutscher Banken e. V. | PF 040307 | 10062 Berlin

Per E-Mail:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

**Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des
Mindeststeuergesetzes und zur Umsetzung weiterer
Maßnahmen**

11. August 2025

Sehr geehrte

wir bedanken uns für die Übersendung des Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Anpassung des Mindeststeuergesetzes und zur Umsetzung weiterer Maßnahmen.

Wir halten weiterhin an unserer Forderung fest, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Aussetzung der Mindeststeuer-Richtlinie einsetzt. Die globale Mindeststeuer führt zu massiven Wettbewerbsnachteilen der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Aufgrund der enormen Bedeutung dieses Vorhabens hätten wir gerne die Gelegenheit genutzt, zu diesem für unsere Mitglieder und die deutsche Wirtschaft wichtigen Gesetz eine umfassende Stellungnahme abzugeben. Wegen der äußerst kurzen Stellungnahmefrist von drei Werktagen mitten in der Sommerferienzeit war uns eine Abstimmung mit unseren Mitgliedern sowie eine ausführliche Befassung mit dem Entwurf leider nicht möglich.

Es ist bedauerlich, dass den Verbänden keine angemessene Frist zur Befassung eingeräumt wurde, zumal dies der Vereinbarung im Koalitionsvertrag unter der Überschrift „Gute Gesetzgebung“ (Rn. 1865 ff.) widerspricht. Denn dort ist festgeschrieben, dass den Verbänden als Betroffene in der Regel eine vierwöchige Stellungnahmefrist einzuräumen ist.

Federführer:
Bundesverband deutscher Banken e. V.
Burgstraße 28 | 10178 Berlin
Telefon: +49 30 1663-0
<https://die-dk.de/>

Lobbyregister-Nr. R001459
EU-Transparenzregister-Nr. 52646912360-95

Wir behalten uns vor, im weiteren Verfahren zu dem Gesetzgebungsvorhaben Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
für Die Deutsche Kreditwirtschaft
Bundesverband deutscher Banken